

**Bundeskanzler  
Sebastian Kurz****Vizekanzler  
Heinz-Christian Strache****Bundesminister  
Dr. Josef Moser**

Zahl:

BKA-351.000/0025-MRD/18

BMöDS-11220/0009-I/A/5/2018

BMVRDJ-Pr13110/0092-III/2018

**ZUR VERÖFFENTLICHUNG BESTIMMT****17/20****VORTRAG AN DEN MINISTERRAT****Betrifft: „ÖSTERREICH NEU BAUEN“****Gesamtprojektkoordination und projektbasierte Umsetzung von Strukturreformen durch den Bundesminister für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz**

Die Bundesregierung bekennt sich im Regierungsprogramm 2017 bis 2022 klar zu umfassenden Strukturreformen. Zentrale Bereiche staatlichen Handelns, die wichtige Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger berühren – Gesundheitswesen, Bildung, Pflege – leiden derzeit an Ineffizienz. Die Ursachen dafür liegen unter anderem in der vorherrschenden Kompetenzzersplitterung, in intransparenten Finanzierungsströmen, unklaren Verantwortlichkeiten und historisch gewachsenen Strukturen, die nicht mehr den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Aufgrund des Aufschubs von Strukturreformen sind wir als Land in den vergangenen Jahren in diversen Rankings – bspw. im *World Competitiveness Index* oder im *Ease of Doing Business Ranking* – merklich zurückgefallen. Zahlreiche Institutionen – IWF, Weltbank, Europäische Kommission – haben Österreich in diesem Kontext aufgefordert, umfassende Reformen zu veranlassen.

Die Deregulierungsoffensive, welche von der Bundesregierung im Rahmen des im Ministerratsvortrag vom 5. Jänner 2018 zu GZ BMJ-Pr13110/0003-III 1/2018 verabschiedet wurde und derzeit im Rahmen der Initiativen zur Rechtsbereinigung, zum Rückbau von

überschießendem Gold Plating sowie zur Kompetenzentflechtung vorangetrieben wird, war ein erster Schritt, um spürbare Veränderung und konkrete Reformen auf den Weg zu bringen.

In vielen Bereichen der Verwaltung sind dringend weitergehende, systemische Reformschritte zu setzen, um die Nachhaltigkeit und Finanzierung der Aufgabenerfüllung gewährleisten zu können. Darüber hinaus lassen sich durch Effizienzsteigerungen auch ein stärkerer Bürgerservice und größere Bürgernähe erzielen. Realisierbare Einsparungen können zudem in Form von Entlastungsmaßnahmen an die Bevölkerung weitergegeben werden.

Daher setzt sich die Bundesregierung nun das Ziel, die nötigen Strukturreformen und insbesondere eine umfassende Verwaltungsreform unter Gesamtprojektkoordination des Bundesministers für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz durchzuführen.

Grundlage der Arbeit sollen insbesondere jene zahlreichen Vorschläge für Strukturreformen sein, welche namhafte Institutionen und Gremien wie IHS, WIFO, Weltbank, der Rechnungshof oder die Aufgabenreform- und Deregulierungskommission erstattet haben. Diese Expertisen werden in einem projektbasierten, partizipativen Prozess gemeinsam mit den jeweiligen Fachressorts systematisch aufgearbeitet und der Umsetzung zugeführt.

Die relevanten Vorhaben sollen in Form konkreter Reformprojekte unter Festlegung von Organisation, Zielsetzung, Zeitplan und finanziellen Erwägungen als Auftragsprojekte in der Verantwortung der jeweiligen Fachressorts umgesetzt werden, um nachhaltige Veränderungen zu erzielen. Die Einbindung der gesamten Bundesregierung und ein durch das Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz koordiniertes Vorgehen der beteiligten Fachressorts, unter Wahrung der Ministerverantwortlichkeit und der Zuständigkeiten nach dem Bundesministerengesetz, wird zum Erfolg der durchzuführenden Strukturreformen beitragen. Der Konferenz der Generalsekretäre kommt eine unterstützende Funktion bei der Umsetzung der Reformprojekte zu. Eine detaillierte Darstellung der fünf prioritären Handlungsfelder sowie der vorgesehenen Projektstruktur, -abwicklung und -governance findet sich in der Anlage zu diesem Dokument.

Die Bundesregierung ist überzeugt, dass die dargestellte, gemeinsam abgestimmte Vorgangsweise einen effektiven Ansatz darstellt, das Verwaltungsreformgeschehen effizient und anwendungsorientiert zu betreiben. Durch die gewählte Projektstruktur wird dafür Sorge getragen, dass die beteiligten Ressorts und ihre Bediensteten das Vorgehen aktiv mittragen, und damit die nötigen Strukturreformen auf den Weg gebracht werden.

Wir stellen daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung möge diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen.

8. Mai 2018

Der Bundeskanzler

Sebastian Kurz

Der Vizekanzler

Heinz-Christian Strache

Der Bundesminister

Dr. Josef Moser

Anlagen:

- Projektaufritt
- Projektstruktur